



Ausgabe November 2020

HIBS-TEAM NEWSLETTER

**Sehr geehrter Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**



wir, die sieben Landtagsabgeordneten innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sogenannte „HiBs-Team“. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen, machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark. Dabei ist es uns ein großes Anliegen, die Interessen der Menschen aus unseren Wahlkreisen auch direkt vor Ort zu unterstützen.

Besonders hoffnungsvoll waren in diesem Monat Nachrichten über einen möglichen Impfstoff im Kampf gegen das COVID-19-Virus. Neben dem europäischen Unternehmen BionTech hat auch das US-amerikanische Unternehmen Moderna seinen Hut in den Ring geworfen. Das macht Hoffnung! Doch die aktuelle Situation ist immer noch prekär und wird sich in den kälteren Monaten voraussichtlich nicht verbessern. Deshalb war es ein maßgeblicher Schritt, dass die Landesregierung weitere 30 Millionen Euro Sonderfinanzhilfe für den Infektionsschutz beschlossen hat. Diese Maßnahmen gewährleisten, dass die niedersächsische Regierung ihre Bevölkerung auch ohne Impfstoff bestmöglich schützt und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft fördert. Zu diesen und weiteren Themen haben wir als „HiBs-Team“ in unserem Newsletter Stellung genommen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit herzlichen Grüßen

Ihr HiBs-Team

Frank Oesterhelweg

Uwe Schünemann

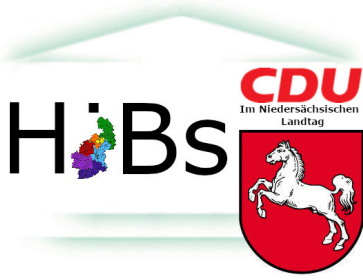
Veronika Koch

Thomas Ehbrecht

Laura Hopmann

Christoph Plett

Oliver Schatta



Ausgabe November 2020

Leitartikel

„HiBs-Gruppe“: 30 Millionen Euro Sonderfinanzhilfe für den Infektionsschutz im ÖPNV

Seit Beginn der Corona-Pandemie verzichten viele Menschen häufig auf das Angebot des regionalen ÖPNV. Doch gerade in den kälteren Monaten nutzen viele Menschen wieder vermehrt die Angebote. Die Folge ist dichtes Gedränge in Bussen und Bahnen, welches sich kaum vermeiden lässt. Die Sicherheitsabstände und Hygieneregeln können unter diesen Bedingungen nur noch begrenzt gewahrt bleiben. Dies ist nach den Vorgaben der Niedersächsischen Corona-Verordnung zwar rechtlich zulässig, dennoch sehen zahlreiche Fahrgäste verständlicherweise Grund zur Sorge. Wegen der hohen Auslastung beim Schülertransport entscheiden sich auch viele Eltern, ihre Kinder selbst zur Schule zu fahren

Auch wenn es bislang keine Anzeichen für ein erhöhtes Infektionsgeschehen im ÖPNV oder im Rahmen der Schülerbeförderung gibt, sollte aus Vorsorgegründen dennoch rasch gehandelt werden. Um diesen kritischen Zustand zu verbessern, hat Verkehrs-

und Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann eine Debatte um einen Änderungsantrag zum Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz eingeleitet. Der Antrag sieht eine Unterstützung der niedersächsischen Kommunen mit einer neuen corona-bedingten Sonderfinanzhilfe in Höhe von 30 Millionen Euro vor. Die finanzielle Unterstützung soll speziell für die Eindämmung der Infektionsgefahr, während Fahrten im ÖPNV, verwendet werden. Die für die weitere Sonderfinanzhilfe aus Landesmitteln bereitzustellenden Finanzmittel sollen aus dem CO-VID-19-Sondervermögen für Zwecke des ÖPNV des Ministeriums für Wirtschaft finanziert werden.

Mit dem Geld sollen die für den ÖPNV und die Schülerbeförderung zuständigen Landkreise und Städte mehr Fahrzeuge zu den Hauptverkehrszeiten einsetzen und zusätzliche Infektionsschutzmaßnahmen umsetzen können. Besonders in den Stoßzeiten am Morgen und gegen Nachmittag sind zusätzliche Fahrzeuge eine hilfreiche Maßnahme zum gesundheitlichen Schutz der Menschen. Dichtes Gedränge soll entzerrt werden, sodass für jeden Fahrgast ein reduziertes Infektionsrisiko sichergestellt werden kann. Gleichzeitig können die Kommunen



Ausgabe November 2020

Landtag

so vor allem ihrer Aufgabe der Schülerbeförderung gerecht werden. Das Ministerium hält neben der Anschaffung weiterer Busse unter anderem auch Takt-Verdichtungen im Fahrplan, verbesserte Lüftungsanlagen und häufigere Kontrollen zur Einhaltung der Maskenpflicht für sinnvoll.

Der Änderungsentwurf sieht ebenfalls vor, dass die bereits bewilligte Sonderfinanzhilfe in Höhe von 190 Millionen Euro aus Landesmitteln für die Einnahmenverluste durch das COVID-19-Virus im Jahr 2020 auch für einen Ausgleich im Jahr 2021 verwendet werden kann. Der Zeitraum der Finanzierung wird so rückwirkend vom Ende der Herbstferien am 26. Oktober 2020 bis zum 31. Dezember 2021 verlängert.

Uwe Schünemann: Gesellschaftlicher Zusammenhalt, nachhaltige Zukunftsinvestitionen und starke Justiz – Facettenreicher Maßnahmenkatalog der Regierungsfaktionen

Die niedersächsischen Regierungsfaktionen haben sich auf einen breit gefächerten Maßnahmenkatalog geeinigt, der unterschiedlichsten Bereichen unter die Arme greift. Dabei werden rund 20 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2021 in verschiedenste gesellschaftliche Facetten investiert werden.

Ein besonderes Anliegen war es den Regierungsfaktionen, Investitionen zu tätigen, die den sozialen Zusammenhalt in Niedersachsen aufrechterhalten. Besonderes Augenmerk fiel dabei auf das Ehrenamt, für das bereits eigens eine Enquetekommission eingerichtet wurde. Nun sollen zur Förderung und Stärkung des Ehrenamtes, als entscheidende gesellschaftliche Säule, weitere finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Eine weitere tragende Säule ist die Familie. Vor allem die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft müssen von der Politik besonders aufmerksam geschützt werden. Notfalls auch innerhalb der eigenen Familie. Denn während der „Corona-Pandemie“ stieg die Zahl an Meldungen häuslicher Gewalt und sexuellen Missbrauches. Den Regierungsfaktionen war es daher



Ausgabe November 2020

ein besonderes Anliegen umfangreich in die Präventionsarbeit zu investieren und Kinderschutzzentren besonders zu bezuschussen. Gleichzeitig wird auch Geld in Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens sowie des Wohnens im Alter fließen.

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt der niedersächsischen Gesellschaft auch von Beginn an fördern. Hierfür ist eine politische Bildung unabdingbar, für den essentiellen Kampf gegen Rassismus, Extremismus und Hass im Netz. Dafür sollen 1,2 Millionen Euro in die Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsens investiert werden, welche einen wichtigen bildungspolitischen Auftrag unserer Demokratie wahrnimmt.

Um die Wirtschaft am Laufen zu halten, sollen vor allem strukturschwächere und ländliche Regionen gefördert werden. Mit dem Programm „Zukunftsräume“ werden kleine und mittlere Städte mit zusätzlichen 4 Millionen Euro unterstützt, um den ländlichen Raum zu stärken. Des Weiteren werden dem Verkehrsministerium 1,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um ein klimafreundliches Fahrradmobilitätskonzept zu verwirklichen. Mit der gleichen Summe setzten sich die Regierungsfractionen auch für den Erhalt der niedersächsischen Landstraßen ein. Weitere Investitionen wurden zur Förderung und Sicherung regionaler Wertschöpfung im Bereich

des Landwirtschaftsministeriums in Aussicht gestellt.

Umfangreiche Investitionen sollen auch im Bereich der Justiz getätigt werden, um einen aktiven Beitrag zur Stärkung der Demokratie zu leisten. Dabei ist es notwendig, dass sich die Vertreter der Judikative zunächst selbst dem Schutz des Staates sicher sein können. Deshalb wollen wir knapp 1,4 Millionen Euro zur Sicherheit in Gerichte und Staatsanwaltschaften investieren. Für die Verfolgung von Straftaten an Kindern, soll der Landespräventionsrat Zuschüsse für die Prävention von sexuellem Missbrauch an Kindern erhalten.

Wissenschaft und Forschung

Thomas Ehbrecht: Landtagsrede zum Antrag der FDP „Weiterbildung an Hochschulen“



Thomas Ehbrecht am Rednerpult

Über kaum etwas im Bildungsbereich wird heute so viel geschrieben und gesprochen wie darüber, dass die Menschen ständig weiterlernen müssen, um nicht zurückzubleiben – persönlich, gesellschaftlich und beruflich. Man ist sich heute bewusst, dass in der Schule Gelerntes als "Vorrat" für ein ganzes Leben nicht mehr ausreicht. Neben den Schülern, den Auszubildenden und den Studierenden wird nunmehr auch von Erwachsenen heute erwartet, dass sie lernen, sich fortbilden und weiterentwickeln – kurz gesagt innovativ und kreativ bleiben. Noch vor fünfzig Jahren waren Erwachsene, die Weiterbildungsseminare besuchten, mit der Frage konfrontiert: "Hast du das nötig?". Weiterbildung war

gewissermaßen das Eingeständnis eines Kompetenzdefizits. Heute müssen sich Erwachsene, die sich nicht weiterbilden, fragen lassen: "Du hast es wohl nicht nötig?" – sie werden gewissermaßen wegen Lernunwilligkeit schief angesehen. "Lebenslanges Lernen" hat sich nicht nur als Idee und als Konzept, sondern auch praktisch, sozial und politisch zu einem selbstverständlichen Teil des menschlichen Lebens entwickelt.

Seit einigen Jahren erfährt in diesem Zusammenhang in Deutschland die „Third Mission“ zunehmend mehr Aufmerksamkeit im Hochschulbereich. Bereits seit 2011 werden hierfür Hochschulen gefördert, die sich außerhalb der Kernmissionen Lehre und Forschung engagieren. Unter anderem mit dem Wettbewerb „Mehr als Forschung und Lehre! Hochschulen in der Gesellschaft“ wurden Hochschulen aufgefordert darzustellen, wie sie sich in die Gesellschaft einbringen. Wie auch unter dem Begriff des „Lebenslangen Lernens“ finden sich in der „Third Mission“ viele Begriffe wieder, die die Themenfelder „Wissenschaftliche Weiterbildung“, „Technologietransfer und Innovation“ oder „Widening Participation“ unter einem Oberbegriff vereinen. Dies sind also jene Aspekte, die nicht vollständig durch die erste oder zweite Mission der Hochschulen abgedeckt werden.

Die grundsätzliche Richtung des hier vorliegenden Entschließungsantrages können wir als



Ausgabe November 2020

Fraktion durchaus befürworten. Um die Digitalisierung und weitere gesellschaftliche Veränderungen angemessen gestalten zu können, ist es aus wirtschaftlicher Sicht zunehmend wichtig, dass nach einer Phase der Ausbildung weitere hochschulische Bildungsangebote bereitstehen, um ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen.

Positiv hervorgehoben werden kann hierbei mit Blick auf Punkt 1, dass die Landesregierung mit dem Bund-Länder Programm „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“, der ESF-Richtlinie „Öffnung von Hochschulen“, aber auch mit eigenen Ausschreibungen wie „Innovation plus“, „Qualität plus“ oder der Ausschreibung zu OER (Open Education Ressource) den Hochschulen Möglichkeiten zur Entwicklung von digitalen Lehr- und Lernformaten gegeben hat. Eine Weiterentwicklung und -verwendung im Rahmen von Weiterbildungsangeboten ist ausdrücklich möglich und erwünscht.

Die einzige Problematik des Antrags sehe ich in den Punkten zur Querfinanzierung:

Die Querfinanzierung der Aktivitäten im Kontext der Weiterbildung durch den Bereich Lehre und die Punkte, in denen das Beihilferecht berührt wird. Die Weiterbildung an Hochschulen ist in einem Spannungsfeld, da sie einerseits sinnvoll und politisch gewollt ist, andererseits aber aufgrund des bestehenden Weiterbildungsmarktes mit privaten Anbietern wiederum EU-beihilfekonform realisiert werden muss. Im

Niedersächsischen Hochschulgesetz ist eindeutig geregelt, dass eine kostendeckende Gebührenpflicht für alle „Studienangebote“ außer für grundständige (Bachelor-)Studiengänge und konsekutive Masterstudiengänge gilt.

Sie sehen also, dass der Antrag durchaus viele begrüßenswerte Punkte enthält, jedoch die Notwendigkeit der Finanzierung hier wieder nicht zu Ende gedacht ist. Aber wir wollen nicht zu streng sein, denn wie Eingangs schon erwähnt, ist die Möglichkeit des „Lebenslangen Lernens“ ja auch auf diesem Gebiet weiterhin durchaus gegeben.

Christoph Plett: Wir tragen die Dynamik des Wasserstoff-Campus Salzgitter und des geplanten Wasserstoffzentrums in Mehrum nach Europa



Einen weiteren großen Schritt haben das Projekt des Wasserstoff-Campus in Salzgitter sowie das geplante Wasserstoffzentrum am Standort Mehrum gemacht. In einem unter anderem von unserer Europaabgeordneten Lena Düpont organisierten Video-Meeting haben die Verantwortlichen in Salzgitter und Mehrum das Projekt dem Vertreter der Europäischen Kommission, Dr. Mark Nicklas, und der zuständigen Europaabgeordneten der EVP-Fraktion, Prof. Dr. Angelika Niebler (Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie), vorgestellt. Mit dabei, in der als Online-Workshop organisierten Veranstaltung, waren neben den erwähnten Teilnehmern insbesondere Vertreter der beteiligten Unternehmen des Campus in Salzgitter, der Geschäftsführer des Kraftwerks Mehrum, Armin Fieber, am

Projekt beteiligte Professoren der Braunschweiger Hochschullandschaft sowie der Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter, Frank Klingebiel.

Derzeit wird der Campus in Salzgitter finanziell im Wesentlichen von den beteiligten Unternehmen sowie durch eine Strukturhilfe des Landes Niedersachsen in Höhe von sieben Millionen Euro getragen. Für weitere Arbeit in Forschung und Entwicklung, etwa im Bereich neuer Anwendungsmöglichkeiten und Produktentwicklungen, sowie der Entwicklung eines Wasserstoffzentrums zu Elektrolyse am Standort in Mehrum, werden weitere Mittel notwendig sein.

Vor diesem Hintergrund bot das Gespräch eine gute Gelegenheit die Möglichkeiten und Chancen, aber auch noch zu bewältigende Herausforderungen des Projektes vorzustellen und um Unterstützung zu werben. Nach Auskunft von Lena Düpont wird es im Rahmen des "European Green Deal", dem Konzept der Europäischen Kommission zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der Union, zukünftig große Fördertöpfe geben. Diese zielen darauf ab Vorhaben zur Transformation und Dekarbonisierung der Industrie – wie etwa den Wasserstoff-Campus und das geplante Zentrum in Mehrum – finanziell zu ermöglichen.

Mir ist im Prozess um die weitere Entwicklung des Wasserstoff-Campus in Salzgitter und die Entstehung eines Wasserstoffzentrums in Mehrum wichtig, dass wir von politischer Seite

alles tun und bestmögliche Rahmenbedingungen setzen, das Projekt zu einem Erfolg zu führen. Dazu müssen wir alle relevanten Akteure miteinander vernetzen. Deshalb war es auch so wichtig, bei den Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments für unser Projekt werben zu können. Von der Innovationskraft und der Entschlossenheit der Projektpartner in Salzgitter, Mehrum, in der Wissenschaft sowie bei den weiteren beteiligten Partnern bin ich absolut überzeugt.

Wir müssen immer wieder klarstellen, dass es sich hier nicht um eine von vielen losen Ideen handelt, die noch in den Kinderschuhen steckt, sondern dass sich hier ein schon weit fortgeschrittenes und sehr vielfältiges Projekt in der Entwicklungs- und Wachstumsphase befindet, das immenses Potenzial zur erfolgreichen Transformation der Industrielandschaft hier in der Braunschweiger Region und in Niedersachsen hat. Mit Auswirkungen und Potenzialen weit darüber hinaus. Um mit vielen anderen Projekten mithalten zu können, werden die Partner des Projekts in Salzgitter und Mehrum weiterhin viel Arbeit investieren. Uns als Politik sehe ich genauso gefordert vor Ort beste Bedingungen zu schaffen und auf europäischer Ebene finanzielle Unterstützung zu gewährleisten.

Frank Oesterhelweg: „Reinigung der Raumluft von Viren und Bakterien mit UV-C-Licht

Das Wolfenbütteler Unternehmen ViBa-Clear hat hierzu eine vielversprechende Technik entwickelt. Ich halte es für wichtig, vor allem beispielsweise Kindergärten und Klassenräume der unteren Jahrgänge mit solchen Geräten auszustatten und auch die Eignung für Schulbusse zu prüfen. Natürlich sind solche Systeme auch für Krankenhäuser, Seniorenheime sowie beispielsweise die Gastronomie geeignet. Hier bleibe ich „am Ball“!

Weitere Informationen erhalten Sie hier www.viba-clear.de.



Frank Oesterhelweg (rechts) mit Vertretern von ViBa-Clear

Bildung und Kultur

Frank Oesterhelweg: CDU-Erntedank-Besuch im Schloß Schliestedt

Die CDU im Landkreis Wolfenbüttel und die Vereinigungen Frauenunion und Senioren-Union laden in jedem Jahr um das Erntedankfest herum Seniorinnen und Senioren in die Wolfenbütteler Lindenhalle ein. "Bedauerlicherweise hatten wir unser schönes Erntedankfest in diesem Jahr absagen müssen, eine Zusammenkunft von ca. 250 älteren Menschen war natürlich nicht zu verantworten", so die Organisatoren. Nun waren CDU-Kreisvorsitzender Frank Oesterhelweg, Monika Bötel (Senioren-Union) und Sarah Grabenhorst-Quidde (Frauenunion) gemeinsam mit Landratskandidat Uwe Schäfer und Bundestagskandidat Holger Bormann zu Besuch im Seniorenheim Schloß Schliestedt. Diese Einrichtung wiederum hatte eine Verlosung unter Seniorenheimen und Seniorenkreisen gewonnen, die die CDU alternativ angeboten hatte. Und so begrüßten Leiterin Sabine Resch-Hoppstock und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre fünf Gäste zu einem zweistündigen und fachlich interessanten Kaffeegespräch. Natürlich durften die Gäste nicht auf die Wohnebenen, aber Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Belegschaft freuten sich sehr über vierzehn Bleche selbstgebackenen Kuchens. "Gern hätten wir uns mit den älteren Herrschaften unterhalten, doch das ging

leider nicht. Aber vielleicht haben wir im Frühjahr Gelegenheit dazu, denn dann wollen wir noch das versprochene Ständchen nachholen", so Frank Oesterhelweg.



Gastgeber und Gäste auf der Schliestedter Schloßbrücke; Uwe Schäfer (zweiter v. l.) und Frank Oesterhelweg (dritter v. l.)

Uwe Schünemann: Bildungsqualität erhöhen, moderne Lernorte schaffen, Folgekosten senken



Pressekonferenz zum Konzept der Schulstruktur; Foto: Birgit Schneider

Hinter den Kulissen wurde kräftig verhandelt. Nunmehr haben sich Landrat Michael Schünemann, die Fraktionen von CDU und SPD unter Beteiligung der FDP-Fraktion auf ein Konzept zur künftigen Schulstruktur im Landkreis Holzminden geeinigt. „Ich bin erleichtert, dass der von der CDU initiierte Bildungsgipfel zu einem fraktionsübergreifenden Ergebnis führt“, freut sich der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Uwe Schünemann. „Leider haben sich die Grünen durch unrealistische und schulgesetzwidrige Vorschläge einem Kompromiss verweigert“. Die CDU habe von Anfang an drei zentrale Ziele verfolgt: Bildungsqualität erhöhen, moderne Standorte schaffen und Folgekosten senken. Das werde nunmehr erreicht.

„Durch eine zentrale Sekundarschule mit einem gymnasialen Zweig für die Samtgemeinden E-schershausen/Stadtoldendorf und Bevern wird das Bildungsangebot entscheidend erweitert,“ so Sabine Echzell als Vorsitzende des Kreis-Schulausschusses. Das pädagogische Konzept solle durch eine hochkarätig besetzte Fachkommission in den nächsten Monaten erarbeitet werden. Erst dann könne über die Schulform und den Standort entschieden werden. „Nicht die Standortfrage ist entscheidend, sondern die Methodik, wie die Schülerpersönlichkeit gestärkt und die Ausbildungsfähigkeit erreicht werden kann“, findet die CDU-Kreistagsabgeordnete.

Nach Informationen von Uwe Schünemann arbeite die große Koalition an einer Schulgesetznovelle zur Wiedereinführung einer kooperativen Gesamtschule. Auch diese pädagogisch wertvolle Schulform würde das Bildungsangebot im Landkreis Holzminden erheblich erweitern.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat in den letzten Monaten intensive Gespräche mit den Schulvorständen aller weiterbildenden Schulen und den politischen Entscheidungsträgern vor Ort geführt. „Wir haben uns davon überzeugt, dass sowohl in Bodenwerder als auch in Delligsen zukunftsfähige Oberschulen entstehen können,“ ist sich Uwe Schünemann sicher. Neben den bereits vorhandenen zeitgemäßen pädagogischen Konzepten seien dringend moderne Räumlichkeiten erforderlich. Entscheidend dabei sei aber



Ausgabe November 2020

eine stärkere Einbindung der Kommunen. Die zugesagte Beteiligung sowohl an den Investitionskosten als auch an den Bewirtschaftungskosten seien ein beeindruckendes Bekenntnis zum Schulstandort.

„Ein hoffnungsvolles Signal sind die vielfältigen Aktionen der Bevölkerung und der Wirtschaft an den jeweiligen Standortgemeinden in den letzten Wochen“, finden die CDU Kreistagsabgeordneten Lutz Tekluck und Friedrich Wilhelm Schmidt übereinstimmend. Wenn diese positive Stimmung durch die in Aussicht gestellten Investitionen anhält, könne die zu hohe Abwanderung der Schülerinnen und Schüler in andere Landkreise gestoppt werden.

Erste Priorität bei der Umsetzung des Schulkonzeptes müsse eine optimale Unterbringung der Förderschule Geistige Entwicklung haben. Die CDU habe bei den Vorstellungen der Schulleitung genau hingehört: Wichtig sei ein Standort in einem Mittelzentrum mit Anbindung an die Innenstadt, Einbindung in ein Schulzentrum und die Verzahnung mit den Akteuren der Inklusion. In Eschershausen könnten alle drei Bedingungen gut erfüllt werden. Deshalb habe die CDU-Fraktion vorgeschlagen, neben der Förderschule auch die Sprachheilklassen, das Regionale Zentrum für Inklusion, das Büro der Bildungsregion, die Schulpsychologen und die Erziehungsberatungsstelle im Schulzentrum Eschershausen unterzubringen. Das bereits beschlossene

Raumkonzept könne durch einen Anbau realisiert werden.

Nur durch die mutigen Vorschläge des Landrates und die Vorlage exakter Zahlen konnte nach Ansicht der CDU konstruktiv über eine künftige Schulstruktur beraten werden. In den kommenden Wochen komme es nunmehr darauf an, das vorgelegte Konzept mit allen Akteuren intensiv zu beraten. Der Grundsatzbeschluss werde am 14. Dezember 2020 im Kreistag zur Abstimmung gestellt. Damit könne nach einer über zehnjährigen Auseinandersetzung endlich durch einen breiten Konsens in die Modernisierung von zukunftsfähigen Schulen investiert werden.

Frank Oesterhelweg: Jurameer Schandelah

Einen wunderbaren und spannenden Einblick in unsere (ERD)Geschichte bekam ich bei einem Besuch des Geopunkts Jurameer Schandelah, der auch als außerschulischer Lernort anerkannt ist. Was die Dr. Scheller -Stiftung, das Naturhistorische Museum und der Geopark - nachhaltig unterstützt von zahlreichen Ehrenamtlichen - hier „auf die Beine stellen“, das verdient unsere Unterstützung. Danke an Prof. Dr. Scheller und Dr. Kosma für die Führung! Ich werde mich mit Nachdruck für eine Fortführung der Förderung durch das Land und unsere regionalen Stiftungen einsetzen - mit Minister Björn Thümler habe ich darüber bereits gesprochen.

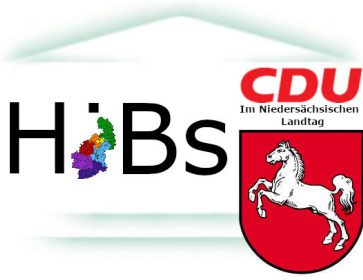


v. l. n. r. Oesterhelweg, Dr. Kosma u. Dr. Scheller

Uwe Schünemann: Mehr Personal und höhere Sachmittel für den Unterricht unter Corona-Bedingungen

Das Land Niedersachsen stellt nach Auskunft des Landtagsabgeordneten Uwe Schünemann kurzfristig 45 Millionen Euro für zusätzliches Personal und schulische Corona-Schutzmaßnahmen zur Verfügung. Im Umfang von 25 Millionen Euro könnten die niedersächsischen Schulen für ein halbes Jahr rund 5.000 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 450-Euro-Basis einstellen. „Jede Schule im Landkreis Holzminden erhält damit Budget für mindestens eine zusätzliche Kraft,“ so der CDU-Politiker. Soweit Bedarf für zusätzliches lehrendes Personal im Landkreis besteht, könne aus einem Pool von 250 Studierenden oder Absolventinnen und Absolventen zurückgegriffen werden. Bereits im Dezember solle mit den Einstellungen begonnen werden.

Mit 20 Millionen Euro werde die sächliche Schutzausstattung der Schulen zusätzlich verstärkt. Pro Schülerin und Schüler stünden damit durchschnittlich rund 20 € zur Verfügung. Damit können Plexiglasschutzwände, Co2-Ampeln oder „Wechselmasken“ angeschafft werden. FFP2-Masken zum Eigenschutz der Lehrkräfte könnten daraus bezahlt werden. „Die Prioritäten können die Schulen vor Ort in Abstimmung mit der Kreisverwaltung selber bestimmen,“ so Uwe Schünemann. Eine entsprechende



Ausgabe November 2020

Förderrichtlinie werde zurzeit mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt und in Kürze veröffentlicht. Dringende Beschaffungen könnten aber bereits heute aus diesen Mitteln getätigt werden.

„Durch das Engagement der Lehrkräfte und die Disziplin der Schülerinnen und Schüler ist die Situation an den Schulen des Landkreises vergleichsweise entspannt,“ lobt der heimische Abgeordnete. Umso wichtiger sei die Unterstützung durch zusätzliches Personal und ein höheres Sachmittelbudget. Mit den heutigen Entscheidungen der Landesregierung werde diese Hilfe unbürokratisch geleistet.

Umwelt und Landwirtschaft

Thomas Ehbrecht: Niedersächsischer Weg ist bundesweit einmalige Vereinbarung, um Ökonomie und Ökologie zusammenzuführen

„Wir können nach dem Beschluss mit Fug und Recht von einem historischen Tag sprechen. Historisch, weil der Niedersächsische Weg bundesweit einmalig ist. Die Vereinbarung zwischen Landesregierung, Landvolk, Landwirtschaftskammer, BUND und NABU mit dem Ziel eines Gesellschaftsvertrags bringt den Naturschutz in Niedersachsen voran und lässt die Landwirte nicht alleine“, erklärt Thomas Ehbrecht, stellvertretendes Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, nach Verabschiedung des Gesetzes zum Niedersächsischen Weg im Landtag.

Der Niedersächsische Weg sei der vernünftige Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie. „Und mehr noch, er ist ein weiterer Meilenstein erfolgreicher Politik der Regierungskoalition“, so Ehbrecht.

Der Vorsitzende der Jägerschaft Duderstadt und MdL ergänzt mit Blick auf die Beteiligung der Landwirte weiterhin: „Gehen Sie offensiv und mit einer gehörigen Portion Stolz in die gesellschaftspolitische Debatte in Ihrer Nachbarschaft, in Ihren Dörfern und gegebenenfalls in unseren Städten und stehen Sie voller

Selbstbewusstsein zu den Vereinbarungen des Niedersächsischen Weges. Dieser ist bundesweit einmalig!“

Die CDU-Landtagsfraktion werde sich zukünftig auch weiterhin für eine starke und wettbewerbsfähige Landwirtschaft einsetzen, die es versteht, Ökonomie und Ökologie zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zusammenzuführen.



Thomas Ehbrecht nach dem Beschluss des Niedersächsischen Weges

Frank Oesterhelweg: "Pasta statt Basta!" - Nudeln zum Weltnudeltag für Staatssekretär Flasbarth

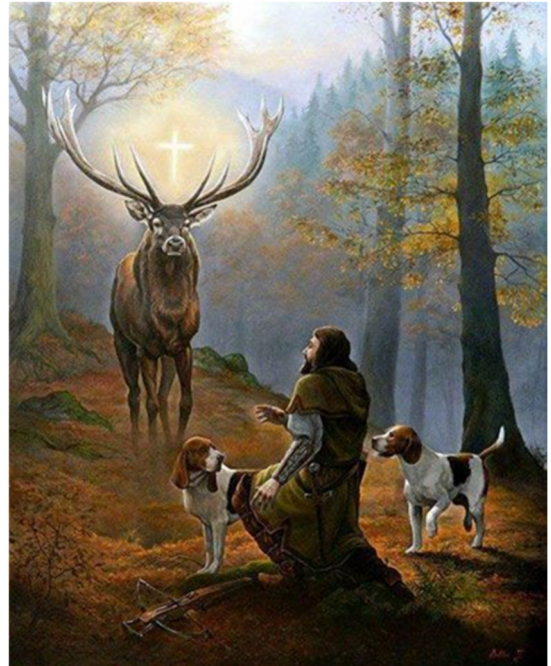
Mit einer ungewöhnlichen Aktion haben sich der CDU-Abgeordnete Frank Oesterhelweg und Uwe Schäfer an Jochen Flasbarth, Staatssekretär im SPD-geführten Bundesumweltministerium in Berlin, gewandt. Per Post haben die beiden ein mit Nudeln gefülltes gelbes Blechfass - in Anlehnung an die in der Asse eingelagerten Atommüllfässer - an den Staatssekretär geschickt. In einem Schreiben mit dem Betreff "Ihr „Basta!“ schmeckt uns nicht! – Besser Pasta statt „Basta!“" kritisieren die Politiker dessen "Basta-Haltung", dass bei der Standortsuche für ein Zwischenlager für den zu bergenden Assemüll keine assefernen Standorte untersucht werden sollen. Schäfer und Oesterhelweg schreiben: "Die Menschen im Landkreis Wolfenbüttel sind beim Thema Asse II sehr aufmerksam und empfindlich, dabei haben sie viel Geduld und in weiten Teilen noch Vertrauen in Politik, Behörden und Wissenschaft. Dieses Vertrauen ist durch Ihr „Basta!“ im Hinblick auf die Standortfindung für das notwendige Zwischenlager für den Assemüll akut gefährdet. Wir erwarten ein faires Verfahren! Dazu gehört eine korrekte wissenschaftliche Untersuchung auch externer Standorte, Ihre Festlegung auf ein assenahes Zwischenlager lehnen wir ab. Wer so handelt, der gefährdet den kompletten Begleitprozess und die Akzeptanz der Bevölkerung hier

und anderswo! Deshalb fordern wir Sie auf: Korrigieren Sie Ihre Entscheidung!" Das gelbe Fass, so die beiden Unionspolitiker, solle an den Assemüll erinnern. Sein allerdings harmloser und allenfalls für die Figur gefährlicher Inhalt spreche für sich: Pasta statt „Basta!“! Vielleicht komme die Einsicht beim Essen, so Oesterhelweg und Schäfer mit ironischer Anspielung auf den damals bevorstehenden "Weltnudeltag" am 25. Oktober!" Bislang haben die beiden noch keine Antwort aus Berlin erhalten. "Vielleicht wartet Herr Flasbarth noch auf Nudelsoße und Parmesan, die müssen wir wohl noch hinterherschicken", so Oesterhelweg.



Vor dem Schachtgelände von Asse II befüllen der Landtagsabgeordnete Frank Oesterhelweg (links) und sein Kreistagskollege das gelbe Fass mit Pasta: "Pasta statt Basta!"

Thomas Ehbrecht: Gedanken zum „Hubertustag“



In diesem Jahr ist eben alles anders - auch die Hörner verstummen, das ist schon hart, aber unserer aller Gesundheit steht im Vordergrund und das geben die COVID-19-Verordnungen uns so auf.

Geben wir besseren ZEITEN die Hoffnung, Jagd ist systemrelevant - gerade in Pandemie Zeiten und dem Vormarsch der ASP (afrikanischen Schweinepest). Deshalb wird und muss unter Covid-Bedingungen die Jagd weiter stattfinden.

Wenn uns die Legende vom heiligen Hubertus berichtet, dass ihm in einer Zeit, als keinerlei Vorschriften und Gesetze die Jagd regelten und den Tieren übermäßig nachgestellt wurde, bei

der Verfolgung eines Wildtieres der Erlöser erschienen sei und er hierauf der Jagd abgeschworen habe, dann erkennen wir sehr leicht, worum es den Autoren bei der Erzählung ging:

Es soll verdeutlicht werden, dass alles Streben nach Macht, Genuss, Erfolg und Reichtum nicht das wirkliche Leben des Menschen ausmacht, sondern an seinen eigentlichen Aufgaben vorbeigeht.

Jagen, das tun wir heute alle, jeden Tag, jede Stunde. Der eine jagt einer guten Stellung nach, der andere dem Vordermann auf der Autobahn. Der eine dem großen Lottogewinn, der andere der sportlichen Höchstleistung. Jeder von uns jagt nach irgendeinem anderen Ziel und kaum ist es erreicht hat man schon wieder ein anderes vor Augen.

Unsere Welt ist eine Kampfarena geworden, in der jeder möglichst als Erster und Bester durchs Ziel kommen möchte. Kein Jahrhundert, ja kaum ein Jahrzehnt, hat so viel Ehrgeiz, Macht- und Gestaltungshunger, aber auch Angst, Not und Verzweiflung gezeugt wie das, in dem wir heute leben.

Hier setzt die Hubertus-Mahnung ein. Hier kommt die Mahnung zur Umkehr, zum Einhalt. Hier steht das große Stoppschild vor unser aller Augen, in unser aller Leben und hier könnte der Erlöser einem jeden von uns im Geweih seiner "Jagdtrophäe" erscheinen.

Wenn wir Jäger alljährlich in den Kirchen zusammenkommen, um an diesem Tage unseres Schutzpatrons zu gedenken, dann tun wir dies - wie schon unsere Vorfahren seit Jahrhunderten in der Symbiose zwischen jagdlichem Tun und christlichem Gedankengut und in der Einheit von menschlichen Aktivitäten und gottgewollter Verantwortung.

Aktivität und Verantwortung sind in diesem Tun so unabdingbar miteinander verknüpft, dass allein der Versuch, das eine ohne das andere zu tun, unabsehbare Folgen mit sich bringen würde.

"Ohne Jäger kein Wild."

Diese Aussage von uns Jagdfunktionären wird heute von manch einem ebenso angezweifelt wie unser Bemühen um die Erhaltung eines für alle Lebewesen intakten Lebensraumes. Wenn Jagd lediglich Befriedigung menschlicher Tötungsgier wäre, wie Jagdgegner behaupten, gäbe es in unseren Wäldern und Fluren längst kein freilebendes Tier mehr.

Unsere Aufgaben und Ziele sind gerade in der heutigen Zeit die Pflege, Erhaltung und nachhaltige Nutzung eines von der Natur hervorgebrachten Lebewesens, dessen Lebensraum unserer Verantwortung ebenso unterliegt wie unser eigener.

Diesen Lebensraum zu erhalten, da und dort zu regenerieren und auch den Tieren den ihnen

vom Schöpfer zugedachten Raum im gesamten Naturgefüge unserer Erde zu bewahren, ist eine der vornehmsten Aufgaben jener Frauen und Männer, die sich der Jagd verschrieben haben. Es ist ihr Ziel und ihre Passion.

In diesem Sinne verstehen wir Jagd und in diesem Sinne ist der Hubertusgedanke Leitmotiv unseres Handelns.

Wirtschaft und Verkehr

Veronika Koch: Ernährungs- und Verbraucherbildung als Unterrichtsfach



Veronika Koch (links) Elisabeth Brunkhorst (rechts)

Für ein neues Unterrichtsfach „Ernährungs- und Verbraucherbildung“ an niedersächsischen Schulen setzt sich die Helmstedter Landtagsabgeordnete Veronika Koch (CDU) ein. Als Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion sieht sie dies als Ergänzung zur Errichtung des Zentrums für Ernährung und Hauswirtschaft (ZEHN), das auf Initiative von Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) im letzten Jahr eröffnet wurde.

„Defizite in Familien in Bezug auf Ernährungs- und Verbraucherbildung sind mir nicht zuletzt aus meiner langjährigen beruflichen Erfahrung in der kommunalen Sozialverwaltung hinlänglich bekannt. Immer mehr wird deutlich, dass Alltagskompetenzen fehlen und dass hier Handlungsbedarf besteht, da sich die Defizite in den nachfolgenden Generationen fortsetzen“, untermauerte Koch die Notwendigkeit der Forderung nach einem eigenen Unterrichtsfach.

„Die Ministerin und ich nehmen uns der Themenstellung seit längerem an und stehen in intensivem Dialog darüber, wie die Forderung vom Niedersächsischen Landfrauenverband Hannover e.V. zielführend und realisierbar ist. Wir wollen eine Lösung hinbekommen, wie es nicht zwangsläufig zu Lasten anderer Lerninhalte gehen muss“, stellte Koch klar.

Unterdessen sagte Veronika Koch der Landfrauen-Vorsitzenden Elisabeth Brunkhorst ihre Unterstützung zum Anliegen der aktuellen Petition zu.

Weitere Infos zu der Petition gibt es hier:

https://www.openpetition.de/petition/unterzeichner/einfuehrung-eines-unterrichtsfaches-ernaehrungs-und-verbraucherbildung-in-niedersachsen?fbclid=war2_tPrfx3gcexXWi1zrG_WZXyjp_qMtjXtEwpnl1ZCvYueVfvXqb5C4fx8U

Frank Oesterhelweg: Elektronik und Veranstaltungstechnik vom Feinsten" – Besuch beim Familienunternehmen FleWo



Uwe Schäfer (erster v. l.) Frank Oesterhelweg (zweiter v. r.) und Holger Bormann (erster v. r.) mit Vertretern von FleWo

In Begleitung von Landratskandidat Uwe Schäfer und Bundestagskandidat Holger Bormann hat Landtagsabgeordneter Frank Oesterhelweg FleWo im Wolfenbütteler Gewerbegebiet West besucht. Dirk Flemmig hat das vor 49 Jahren gegründete Unternehmen von seinen Eltern übernommen, die den Meister für Veranstaltungstechnik, der auch Radio- und Fernsehtechniker und Bürokaufmann ist, nach Kräften unterstützen. Flemmig und sein engagiertes Team bieten ihrer Kundschaft in den großzügigen Geschäftsräumen unter anderem Sicherheits-, Gebäude- und Beleuchtungstechnik, Autoradios sowie CB-Funk.

Das wichtigste Standbein, in Corona-Zeiten allerdings leider sehr stark eingeschränkt, ist die Veranstaltungstechnik. Hier konnte Dirk Flemmig in der aktuell schwierigen Situation seine Kompetenz beispielsweise bei Konzeption und Durchführung des von MIT-Chef Holger Bormann und Wolfenbütteler Mittelständlern organisierte Formats "MFG.Menschen.Firmen.Geschichten." unter Beweis stellen. Die Notlage der Veranstaltungsbranche war das wichtigste der Gesprächsthemen; hier besteht, so Oesterhelweg, die dringende Notwendigkeit für konkrete und wirksame Hilfen sowie klar definierte Arbeitsmöglichkeiten unter Corona-Bedingungen. Die aktuellen Hilfestellungen seien nicht ausreichend und gingen ohnehin an zahlreichen Betroffenen vorbei.

Cartoon-Serie

Frank Oesterhelweg: Aus dem Leben eines Vizepräsidenten (4) – Hören und Zuhören

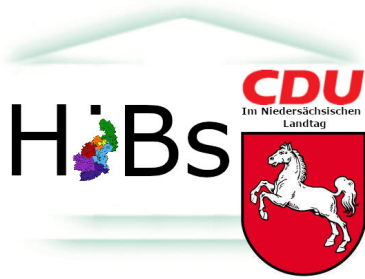
Jeder Politiker tut gut daran, bei den Menschen „am Ball“ zu bleiben.

Nur so erfährt er aus erster Hand, was Bürgerinnen und Bürger von ihm erwarten. Sprechstunden sind eine gute Möglichkeit, mit Einzelnen über persönliche Anliegen, Wünsche und Kritik zu reden. Wer aber erfahren will, „wo der Schuh drückt“, muss zu den Menschen gehen.

Seit jeher bewährt: „Treffpunkt Bratwurstbude“ als wundersame Verbindung von Nützlichem mit Köstlichem, so wie hier auf dem Markt in Wolfenbüttel.



Bild: Tobi Wagner



Ausgabe November 2020

Terminvorschau und Veranstaltungshinweise

08. bis 11. Dezember 2020 | Landtag Niedersachsen

Livestream zum Plenum des Niedersächsischen Landtages: <http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtag461.html>

16. Dezember 2020 | 19:00 Uhr | online | Uwe Schünemann

Facebook live: Landtagsstammtisch mit Uwe Schünemann

12. September 2021 | Niedersachsen

Kommunalwahlen im Land Niedersachsen

26. September 2021 | Niedersachsen

Mögliche Stichwahlen der Kommunalwahlen im Land Niedersachsen

HiBs im Niedersächsischen Landtag

Impressum

HiBs-Team im Niedersächsischen Landtag
c/o Uwe Schünemann
Politischer Referent Luca Heinemann
Reinhäuser Landstraße 5
37083 Göttingen
Tel.: 0511 3030-3215
Mail: hibs-team.heinemann@outlook.de

Die Abgeordneten des HiBs-Teams

Thomas Ehbrecht
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Laura Hopmann
Oliver Schatta
Uwe Schünemann